

Der Bürgermeister verlas zunächst ein Schreiben des Personalratsvorsitzenden:

„Der Personalrat hat den Stellenplanänderungen, so wie sie in der heutigen Ratssitzung vorliegen, zugestimmt. Dies gilt auch für die Anhebung der Stelle im Bürgermeister- und Ratsbüro von A 13gh.D. nach A 13 h.D. Ich selbst war als Personalratsvorsitzender bei der Stellenbewertung zugegen. Die erfolgte Bewertung nach A 13 h.D. ist aus meiner Sicht vollkommen zutreffend. Ich bitte daher den Rat in der heutigen Sitzung der Stellenplanänderungen einschließlich der Stelle im Bürgermeister- und Ratsbüro zu zustimmen“.

Der Bürgermeister teilte ferner mit, dass unter diesem TOP auch der gemeinsame Antrag von FDP, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DS-Nr. 15/0376, mit behandelt werde.

Zum gemeinsamen Antrag, DS-Nr. 15/0376, führte Herr Knülle aus, dass die hier vorgeschlagene Stellenanhebung durch ein neutrales Gutachten untersucht werden soll und das Ergebnis, sofern möglich, in der nächsten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vorgelegt werden soll. Dies solle auch für die geplante Stellenplanänderung im Bürgermeister- und Ratsbüro durchgeführt werden.

Herr Schell sprach sich ebenfalls für eine neutrale Bewertung der Stelle im Rechnungsprüfungsamt (Anhebung nach A 15) aus.

Auch Herr Köhler sprach sich für diese Vorgehensweise aus.

Der Bürgermeister führte hierzu aus, dass seitens der Verwaltung immer eine Ausschreibung bezüglich der Durchführung von Stellenbewertungen erfolgt. So war dies auch im vorliegenden Fall. Es werde nun erneut eine Ausschreibung erfolgen. Der Anbieter, der diese Bewertung bereits durchgeführt hat, werde aber nicht nochmals beauftragt, sondern ein neutraler Dritter. Ob dies die KGSt seien werde, kann er zum heutigen Zeitpunkt nicht sagen.

Frau Jung sprach sich dafür aus, beide Stellen entsprechend nochmals überprüfen zu lassen.

Herr Metz wies in seinen Ausführungen auf die Bedeutung des Rechnungsprüfungsamtes hin und sprach sich ebenfalls für das vorgesehene Verfahren aus.

Der Bürgermeister führte u.a. aus, dass zum 31.12.2015 eine Gesetzesänderung bezüglich der Laufbahnverordnung NRW in Kraft treten werde, die dann vorsieht, dass bei dem Aufstieg in den höheren Dienst eine entsprechende Prüfung vorgesehen ist. Dies hätte zur Folge, dass die Stelleninhaberin dann für ca. einem halben Jahr einen entsprechenden Lehrgang absolvieren müsste.

Frau Jung unterbreitete daraufhin den Vorschlag, die komplette Stellenplanänderung zu verschieben, um die Bewertung abzuwarten.

Der Bürgermeister sprach sich dafür aus, dass heute der Stellenplan mit Ausnahme der Stelle RPA entsprechend beschlossen werden soll.

Herr Knülle schloss sich diesem Vorschlag an.

Bei der dritten angesprochenen Stelle handelt es sich **nur** um eine Wandlung der Stelle (Beamtin auf Angestellte).

Frau Krumm erläuterte daraufhin kurz die Änderungen der Laufbahnverordnung NRW. Dann erfolgte die seitens der CDU-Fraktion beantragte Sitzungsunterbrechung.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung teilte Herr Schell mit, dass die CDU-Fraktion mit Ausnahme der Stellenanhebung im Rechnungsprüfungsamt der vorgeschlagenen Stellenplanänderungen zustimmen werde.

Diesem Vorschlag schlossen sich auch Herr Knülle und Herr Metz für ihre Fraktionen an.

Frau Silber-Bonz sprach sich ebenfalls für diesen Vorschlag aus und führte weiter aus, dass die Politik über derartige Gesetzesänderungen zukünftig früher informiert werden sollte.

Dann lies der Bürgermeister zunächst über den Antrag, dass bei der vorgeschlagenen Stellenanhebung der Stelle „Leitung Rechnungsprüfungsamt“ eine erneute Überprüfung / Bewertung erfolgen soll, wie folgt anstimmen:

Einstimmig

Dann fasste der Rat folgenden Beschluss:

Im Anschluss unterbrach der Bürgermeister die Sitzung, um den Ratsmitgliedern die Gelegenheit zu geben, einen Imbiss einzunehmen.